

Günther, A., Niemann, A. & Petzold, S. (2008)
“Universitäre Ausbildung und Außenpolitikberatung in
Deutschland”

in: Robel, Stephan and Brand, Alexander (eds), *Internationale
Beziehungen: Aktuelle Forschungsfelder, Wissensorganisation
und Berufsorientierung*, Dresden: TUDpress, pp. 521-542.

This is a preliminary version of the chapter, which has been
finally published in Robel, Stephan and Brand, Alexander
(eds) (2008), *Internationale Beziehungen: Aktuelle
Forschungsfelder, Wissensorganisation und
Berufsorientierung*, Dresden: TUDpress.

Universitäre Ausbildung und Außenpolitikberatung und in Deutschland

Andreas Günther, Arne Niemann und Stephan Petzold

1. Einleitung

Dieser Beitrag geht der Frage nach, welche Kompetenzen für eine Tätigkeit in der (Außen-) Politikberatung notwendig bzw. förderlich sind und inwiefern die universitäre Ausbildung auf eine solche Tätigkeit vorbereitet bzw. vorbereiten kann. Unsere empirische Analyse stützt sich sowohl auf eine Befragung von PolitikberaterInnen, als auch auf Informationen zu (exemplarisch ausgewählten) Studiengängen in Deutschland. Ziel dieser (begrenzten) Erhebung soll es sein, Kompetenz-Anforderungen im Bereich wissenschaftlicher Außenpolitikberatung und das potenzielle Kompetenz-Angebot durch derzeit existierende Studienprogramme zu eruieren, um schließlich beides vergleichend gegenüberzustellen. Der Anspruch dieses Beitrags ist allerdings nicht ein Herausarbeiten und Belegen klarer Kausalitäten, sondern das Aufzeigen und Erörtern von Tendenzen. Auch bezwecken wir weniger eine kritische Bewertung einzelner Studienangebote, sondern vielmehr eine Trendschilderung, welche die Angebot- und Nachfragesituation im Bereich wissenschaftlicher Außenpolitikberatung in Deutschland nachzeichnen soll.

Wir nähern uns unseren Fragestellungen und Erkenntnisinteressen wie folgt: Abschnitt 2 beschreibt die wichtigsten Akteure und gegenwärtigen Trends der Außenpolitikberatung in Deutschland und legt damit die Basis für unsere weitere Analyse. Teil 3 erörtert die Chancen, die sich für die universitäre Ausbildung im Zuge des Bologna-Prozesses ergeben.¹ In den Abschnitten 4, 5 und 6 analysieren wir die Nachfrage- und Angebotsseite des Arbeitsmarktes für Außenpolitikberatung in Deutschland. Schließlich vergleichen wir die beiden Seiten heuristisch miteinander und versuchen einige generalisierbare Trends und Tendenzen herauszuarbeiten.

¹ Fragen der Studienreform und Studienorganisation haben Frau Medick-Krakau vor allem in den letzten zehn Jahren beschäftigt als Initiatorin und Sprecherin des Studiengangs Internationale Beziehungen seit 1998, als spätere wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Internationale Studien sowie natürlich auch als Prorektorin für Bildung der TU Dresden von 2001 bis 2006.

2. Außenpolitikberatung in Deutschland: Begriffe, Akteure, Trends

„Politikberatung“ weist als Untersuchungsgegenstand eine erhebliche Vielschichtigkeit und Variationsbreite auf. Da Politikberatung keine durch Staatsexamina oder Approbationsordnungen geregelte Tätigkeit ist und Beratungsformen, Beratungsziele, Wissenschaftlichkeit und Akteure in der Politikberatung stark variieren, ist eine bündige Definition des Gegenstandes kaum möglich.

In der wissenschaftlichen Politikberatung wird zwischen drei traditionellen Modellen unterschieden: dem dezisionistischen, dem technokratischen und dem pragmatischen Beratungsmodell (vgl. Habermas 1963)². Im *dezisionistischen* Modell wird von einer Trennbarkeit zwischen Politikern auf der einen Seite und wissenschaftlichen Experten/Beratern auf der anderen Seite ausgegangen. Die Wissenschaft steht nach diesem Modell in einem Auftragsverhältnis zur Politik, wobei die Wissenschaft der Politik tendenziell untergeordnet ist. Wissenschaftliche Experten und Berater, denen ein eigeninteressiertes Verhalten weitgehend abgesprochen wird, liefern der Politik technisches Wissen und wertfreie Informationen. Wertung und Schlussfolgerung wird auf Basis dieser Informationen politischen Entscheidungsträgern überlassen. Im Gegensatz dazu ordnet das *technokratische* Modell die Wissenschaft der Politik über, wobei – anders als im dezisionistischen Modell – eine klare Abgrenzbarkeit der beiden Bereiche nicht möglich ist, weil die Politik durch eine Abhängigkeit von wissenschaftlicher Experten und Beratern letztlich ihre Autonomie einbüßt. In diesem Modell treten technisches und wissenschaftliches Wissen in den Vordergrund. Politische Normen weichen technischen Sachzwängen und Steuerungsvorschriften und die Politik wird zum Vollstreckungsorgan der Wissenschaft. Diese beiden Modelle, das dezisionistische und technokratische, stellen Extreme im Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik dar. Beide Konzepte beschreiben einen linearen Prozess, einen einseitigen Informationsvorgang zwischen Wissenschaft und Politik, der idealtypischer Natur ist. In diesem Punkt setzt das so genannte *pragmatische* Modell an, welches von ständiger Kommunikation und dauernden Feedbackmechanismen ausgeht, die zu wechselseitigen Lernprozessen und Abhängigkeiten führen. In diesem wechselseitigen Verhältnis reagieren Berater auf die Bedürfnisse der Politik und wirken zugleich mit an der Formulierung von Problemstellungen und Handlungsalternativen. Die klare Trennung zwischen Sachfragen und Bewertungsfragen verschimmt hierbei zunehmend.

² Für eine fundierte Zusammenfassung der verschiedenen Modelle siehe Lompe (2006).

Obwohl Mischformen dieser drei Modelle gebildet (Lompe 1966/1972) und die Modelle weiterentwickelt wurden (vgl. Böhret 1997, Weingart 2001), spielen die traditionellen linearen Modelle in der Politikberatungspraxis der Bundesrepublik noch immer eine Rolle in der Wahrnehmung der am Beratungsprozess beteiligten Akteure. Dabei bewegt sich die Praxis „in einem Zwischenbereich von dezisionistischer Instrumentalisierung der Wissenschaft und technokratischer Indienstnahme der Politik.“ (Lompe 2006: 32) Außerdem machen sich mit Blick auf „die grundsätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten demokratischer Politik unter den Bedingungen einer globalisierten Ökonomie immer mehr Formen von Zwangsideologien entsprechend der Gedankenwelt des technokratischen Modells breit“ (Lompe 2006: 33).

Charakteristisch für das Verhältnis von (Politik)Wissenschaft und Politik in Deutschland ist das „duale System“ (Mayntz 1994: 17).³ Dabei treffen Wissenschaft und Politik in der Konstellation der Politikberatung aufeinander, bleiben aber letztlich – ähnlich wie im dezisionistischen Modell skizziert – als Teilsysteme doch getrennt. In öffentlich besonders strittigen Fragen bringen es einige Politikberater zu einer gewissen Prominenz – etwa Bert Rürup in der Sozialpolitik (in der Außenpolitik sind die Berater weitgehend unbekannt) – aber nur den wenigsten gelingt eine *Grenzüberschreitung*.⁴ *Grenzgänger* dagegen, die – wie beispielsweise in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten Condoleezza Rice, Madeleine Albright, Henry Kissinger, Richard Haass, Stephen Krasner, Samuel Huntington, Jeane Kirkpatrick, Joseph Nye, Paul Wolfowitz und zahlreiche andere – scheinbar mühelos zwischen beiden Sphären hin- und herwechseln, sind hierzulande bislang gänzlich unbekannt. In Deutschland gilt, dass es die Möglichkeit eines „Hin“, vielleicht auch eines „Zurück“ gibt – ein kontinuierliches Vor und Zurück ist praktisch (bis auf weiteres) ausgeschlossen.

Die wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland, die sich nach dem 2. Weltkrieg mit der Gründung entsprechender Universitäts- und freier Institute konstituierte, erreichte im Zuge der planungs-, steuerungs- und koordinations-euphorischen Politikphase der ausgehenden 1960er und frühen 1970er Jahre einen vorläufigen Höhepunkt. In diese Zeit fallen mit der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) 1955 und der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) 1962 auch die Anfänge der wissenschaftlichen Beratung in außenpolitischen Fragen in der Bundesrepublik Deutschland.

Wer sind die maßgeblichen Akteure in der deutschen Außenpolitikberatung? Auf der Nachfrageseite sind das vor allem die Bundesregierung mit dem Kanzleramt, dem

³ Dieser und einige der nachfolgenden Teile dieses Unterkapitels basieren auf Böckenförde und Niemann (2005).

⁴ Zu nennen wären hier u.a. Rita Süßmuth, Alfred Müller-Armack, Karl Schiller, Rupert Scholz und Horst Ehmke.

Auswärtigen Amt und den Ministerien für Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Hinzu kommt der Bundestag in Form der Fraktionen und vor allem durch einzelne Abgeordnete, die zumeist Mitglieder relevanter Ausschüsse sind. Darüber hinaus nehmen multinationale Unternehmen und transnational agierende Firmen verstärkt Politikberatung in Anspruch. Zumeist verfügen diese Unternehmungen über eigene Analyseabteilungen, wie die großen Investmentbanken oder Konzerne wie Daimler Chrysler oder Siemens. Auch die Medien fragen verstärkt wissenschaftliche Expertise nach, besonders in Zeiten politischer Krisen (vgl. Segbers 2006: 529).

Auf der Angebotsseite gibt es in der deutschen Außenpolitikberatung inzwischen zahlreiche Akteure. Der Markt ist jedoch (nach wie vor) weitgehend von einem etablierten System traditioneller Beratungseinrichtungen geprägt. An der Spitze ist die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) zu nennen, die nach ihrem Zusammengehen mit dem Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) und dem Südost-Institut (SOI) zum größten außen- und sicherheitspolitischen Think Tank in Europa geworden ist. Die SWP hat außerdem nach dem Umzug von Ebenhausen (bei München) nach Berlin eine bemerkenswerte Hinwendung zur operativen Politik (und in die Öffentlichkeit hinein) vollzogen. Daneben gibt es weitere etablierte Einrichtungen wie die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin, die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) Frankfurt am Main, das Institut für Europäische Politik (IEP) Berlin, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) Eschborn oder auch das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) Bonn. Dazu kommen Institutionen, die mehr oder weniger eng an Universitäten angebunden sind, wie das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) oder das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen.

Darüber hinaus gibt es eine Reihe neuerer Einrichtungen, die sich entweder frei finanzieren, wie z.B. das Berliner Informationszentrum für Transatlantische Sicherheit (BITS) oder die unmittelbar an große Geldgeber angebunden sind, wie das Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), das eng mit der Bertelsmann-Stiftung verknüpft ist, die ihrerseits wiederum selbst wissenschaftlich tätig ist. Hinzu kommen weitere Institute mit Spezialprofil, wie etwa das Bonn International Center for Conversion (BICC). Und schließlich sind die Forschungsinstitute der politischen Stiftungen – wie etwa der Friedrich Ebert- und Konrad Adenauer-Stiftung – zu nennen.

So wird im Ergebnis sehr oft übersehen, dass (auch) in Deutschland das Beratungsangebot vielfältig ist und das Spektrum der abgedeckten Themen sehr breit ausfällt. Daneben besitzt –

was ebenfalls oft vergessen wird – die Politik selbst eigene Forschungseinrichtungen, deren Mitarbeiter beratend tätig werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages oder eine Reihe von Akademien, die in unterschiedlichem Umfang selbst forschen und wissenschaftlich wirken, aber auch die Bundeszentrale für politische Bildung, die als staatliche Informationseinrichtung und Multiplikator dient und die damit eine zentrale Aufgabe von Politikberatung – das Wirken in die Öffentlichkeit hinein nämlich – wahrnimmt. Und nicht zu vergessen sind die verschiedenen Planungsstäbe oder die Fraktionsarbeitsgruppen, deren Arbeit der Öffentlichkeit jedoch meist verborgen bleibt.

Ein Trend der letzten Jahre ist die „Medialisierung“ der Politikberatung. Globale bzw. internationale Themen können (zumeist) nur dann auf den politischen Agenden platziert werden, wenn sie über relevanten Medien transportiert werden. So haben sich auch Denkfabriken und wissenschaftliche Institute allmählich verstärkt in die Öffentlichkeit (und Medien) hineinbewegt (was allerdings auch mit dem erhöhten Rechtfertigungsdruck öffentlich geförderter Einrichtungen bei knappen Geldern zu tun hat). Damit treten sie nicht nur neben die Interessengruppen (*pressure groups*), die darauf angewiesen sind, ihre Anliegen im öffentlichen Diskurs zu etablieren (wie Greenpeace, Amnesty International u. a.), sondern auch neben die jüngeren „Ideenagenturen“, deren „Geschäftsgrundlage“ und Angebot überhaupt darin besteht, durch öffentliches Auftreten bestimmte Agenden im öffentlichen Diskurs zu verankern. Für diese neuen „Ideenagenturen“ mit ihren freiberuflichen Politikberatern ist der öffentliche Auftritt nicht nur zur Verbreitung ihrer Positionen inhaltlich bedeutsam, sondern auch als Einkommensquelle von besonderer Wichtigkeit. Medienpräsenz ist so nicht nur Mittel im Kampf um Diskurshoheit, sondern wird daneben für viele „Experten“, die ihr freiberufliches Dasein von Honoraren bestreiten, auch zum Ziel an sich.

Insgesamt wird es so zum herausragenden, existenzsichernden Interesse der „Experten“, einerseits aktuelle Themen zu bedienen, um möglichst oft um Stellungnahmen gebeten zu werden, andererseits eine Nische zu besetzen, um den Markt nur mit wenigen Konkurrenten teilen zu müssen. Sie versuchen, strategisch Themen und Felder mit ihren jeweils spezifischen Aussagen möglichst dauerhaft und breitenwirksam über die fachwissenschaftlichen Netzwerk Grenzen hinaus mit ihrem Namen in Verbindung bringen zu lassen. Die Selbstvermarktung tritt so neben das Fachwissen; der „Experte“ spricht zwar zur Sache, aber auch für seine eigene Person bzw. Einrichtung. Seine Empfehlungen folgen nun – zumindest zum Teil – eben auch Marketinggesetzen (vgl. Neumann 2002).

In dieser Situation stellt sich die Frage, ob die Universitäten – die zur Reproduktion des für ihren eigenen Erhalt benötigten wissenschaftlichen Nachwuchses nur einen Bruchteil der derzeitigen Absolventen benötigten – ihre Studierenden angemessen darauf vorbereiten, möglicherweise nach dem Abschluss auch als Politikberatungs*unternehmer* des neuen Typus (oder auch als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem der traditionellen Think Tanks) arbeiten zu können. Außenpolitikberatung wird hier als *eine* mögliche Berufsperspektive im breiten Tätigkeitsfokus der Absolventen verstanden. Bevor wir uns näher dem Arbeitsmarkt für Politikberatung in Deutschland widmen, werden wir zunächst kurz auf die Entwicklungen im Zuge des Bologna-Prozesses und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten für Hochschulen und Absolventen eingehen.

3. Akademische Ausbildung – neue Chancen im Rahmen des Bologna-Prozesses?

Im Rahmen des so genannten „Bologna-Prozesses“ stellen sich die Hochschulen zwei großen Anforderungen. Zum einen soll ein gleichförmiger europäischer Hochschulraum mit transparenten, kollektiven Strukturen und Prozessen geschaffen werden. Dies geschieht vor allem auf dem Weg der Vereinheitlichung von Qualitäts- und Leistungsstandards. Zum anderen sind die Hochschulen selbst zu einem tief greifenden Wandel aufgefordert. Verbunden mit dem Selbstverständnis als Akteure im „Bologna-Prozess“ müssen sich die Universitäten fort von einer vorwiegend staatlich alimentierten aber auch reglementierten Verwaltungsbehörde hin in Richtung eines konkurrenzfähigen und effizienten Dienstleistungsbetriebes entwickeln.

Zwei Kernelemente dieser so angelegten Hochschulreform sind die Einführung gestufter Studiengänge und die Errichtung von Hochschuldepartments, die in Eigenverantwortung ihre Studienangebote formieren und formulieren. Vor allem diese neue Selbständigkeit, die zunehmend flankiert werden soll von Kooperationsbeziehungen mit der Berufswelt in Wirtschaft, Politik, Kultur und anderen, differenziert das bisherige Studienangebot zunehmend und setzt gleichzeitig die Universitäten einer wachsenden Konkurrenz untereinander auf nationaler und internationaler Ebene aus.

Bologna-Kritiker befürchten eine wachsende Asymmetrie im Verhältnis von wissenschaftlichem Bildungsauftrag und fachspezifischer Berufsausbildung einerseits und akademischem Forschungsauftrag andererseits - zu Ungunsten des Letztgenannten. Der bisher gültigen Einheit von Forschung und Lehre würde immer weniger Rechnung getragen. Mehr

und mehr würde wissenschaftliche Ausbildung nach dem Bologna-Kriterium „employability“, also nach Kriterien des Arbeitsmarktes ausgerichtet. Gleichzeitig würde auf diesem Wege der Verschulung des Hochschulstudiums Tür und Tor geöffnet.⁵

Die Anforderung der Wettbewerbsfähigkeit, also der Nachfrage nach Studieninhalten und Studierformen mit einem entsprechenden Angebot nachzukommen, verändert ohne Zweifel die Studienlandschaft und vermutlich auch das bisherige Selbstverständnis der Universitäten. Offensichtlich nachfrageorientierte Entwicklungen und Reformen der Curricula sind hiernach als prompte Reaktionen an den Universitäten beobachtbar, hängt doch unter den Bedingungen knapper öffentlicher Zuschusskassen zuweilen das Überleben von Instituten, Lehrstühlen und Forschungszentren zunehmend von der Attraktivität ihrer Studierangebote und der Geschäftstüchtigkeit der Akademiker ab. Waren es bislang eher die Absolventen, die sich Ungewissheit nach der berufspraktischen Verwendbarkeit ihrer zweifellos erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten gegenüber sehen mussten, so reicht diese Frage nun bis an die Universitäten selbst. Auf der Suche nach Antworten stellen sich, begründet oder nicht, durchaus auch Existenzsicherungsfragen ein.

Weniger aber die Zweifel an der Existenzberechtigung als vielmehr die Chancen, die im Rahmen von ‚Bologna‘ eröffnet werden, sollen nachstehend aufgezeigt werden. In Prozessen grundlegender Veränderung entstehen immer auch neue Möglichkeiten. So nutzen eine Reihe von Universitäten die Veränderungen der Arbeitsmarktsituation für Politikwissenschaftler und die Veränderungen im Bereich der Politikberatung dazu, neue Master-Programme ins Leben zu rufen, die ihrerseits Personal und Ressourcen binden. Ein augenscheinlicher Mehrbedarf an *political* und *policy consulting* seitens der Politik(er) selbst, aber auch in Wirtschaft und Kultur zeugt von einem Beratungsbedarf dieser Teilsysteme, der sich aus der zunehmenden Komplexität und den vielfältigen Interdependenzen in der Umwelt ergibt. Die Wissenschaft, sprich im engeren Sinne die Universität, kann an dieser Stelle nahezu exklusiv eine Dienstleistung anbieten, die nicht nur auf Berufsausbildung und Kompetenzvermittlung angelegt ist, sondern auch die wissenschaftliche Basis, das Wissen, die Erkenntnisse aus der Analyse des Komplexen zu Verfügung stellt. Darin sollte eine nicht zu unterschätzende Chance gesehen werden.

⁵ Vgl. dazu etwa Kerst et al (2005).

4. Arbeitsmarkt, Politikberatung und akademische Ausbildung – Prinzip Nachfrage und Angebot

Private (Aus)Bildungsstätten haben schon länger den Bereich der Politikberatung für sich entdeckt. Ihr Angebot auf die Nachfrage aus der Beratungsbranche nach fachspezifischer Kompetenzvermittlung erschöpft sich hauptsächlich in Form von Workshops und losen Seminarreihen. In der Regel kommen die Dozenten aus der Praxis der Politikberatung und bilden mehr fort als grundständig aus.⁶

Die Universitäten hingegen verschlossen sich zwar nicht völlig dem Thema Politikberatung. Aber weder Studenten noch Professoren der relevant erscheinenden Studienfächer sehen die Politikberatung als vordergründiges Ziel der Berufswahl bzw. Lehr- und Forschungstätigkeit an. Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft oder auch Wirtschaftswissenschaft vermitteln aber augenscheinlich Sachverständigkeiten und Fähigkeiten, die im Bereich der Politikberatung besonders nachgefragt werden, weil jene Spezifika aus der Praxis heraus als Schlüsselkompetenzen identifiziert wurden.⁷ Keinesfalls eindeutig kann bislang die Frage beantwortet werden, *wie* man zum Politikberater ausbilden kann oder gar soll.

Zählt die Politikwissenschaft gleichfalls nicht als zentrale Ausbildungsplattform für Politikberatung im weiteren Sinne, so ist jedoch die Wegkreuzung von Politikfeldern, die besonders hohen Beratungsbedarf mit sich bringen, und einigen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen bzw. Forschungsrichtungen auffällig. Entsprechend eines solchen politikfeldspezifisch offen liegenden Zusammenfallens von Beratungsnachfrage und Wissensangebot werden Masterprogramme mit dem Fokus *Security Studies* bzw. Master in Friedens- und Konfliktforschung beispielsweise an den Universitäten in Berlin, Magdeburg, Münster oder auch in Tübingen angeboten.

Vorwiegend, wenn auch nicht ausschließlich, ebenfalls aus dem politikwissenschaftlichen Umfeld entstammen auch diejenigen Studiengänge, die sich der Beratungsnachfrage resultierend aus der realpolitischen Komplexität der europäischen Integration zuordnen lassen. Solche ‚europawissenschaftlichen Studiengänge‘ bzw. Masterprogramme in European Studies werden zum Beispiel an den Universitäten Berlin, Bonn, Chemnitz, Frankfurt/Oder, Hamburg, Hannover, Münster, wie auch Regensburg, Saarbrücken oder Tübingen angeboten. Differenzierter auf Fragen der Entwicklungspolitik bzw. mit ähnlichem Fokus aber weiter

⁶ Vgl. dazu etwa das Angebot des privaten Deutschen Instituts für Public Affairs unter www.dipa-berlin.org.

⁷ Vgl. dazu etwa das Paper von Klewes, Joachim: Akademische Weihen für Politikberater. ([http:// www.busch-janser.de/pab_Akademische_Weihen.pdf](http://www.busch-janser.de/pab_Akademische_Weihen.pdf); 21.12.2006).

greifende Masterprogramme, die sich der vieldeutigen wie interdisziplinär geprägten Problematik der ‚Globalisierung‘ annehmen, können u. a. in Berlin, Bochum, Bremen oder auch in Leipzig absolviert werden.

Neben einer erkennbaren Dominanz der Politikwissenschaft lassen sich aber auch weitere Einflüsse ‚klassischer‘ Studienfächer auf dasjenige Studienangebot erkennen, welches seine Absolventen (auch) auf eine Tätigkeit in der Politikberatung vorbereiten kann bzw. soll: Rechtswissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Zugänge finden sich sowohl bei europawissenschaftlichen Studienangeboten als auch im Rahmen von Masterstudiengängen, die ihre Schwerpunkte in den Bereichen *Development Studies* oder auch *Global Studies* setzen.

Noch ausgeprägter zeigt sich das universitäre Bemühen um Überschneidungen von Arbeitsmarktnachfrage und Studierangebot in der Ausrichtung von Studiengängen bzw. Masterprogrammen, die unter der Bezeichnung *International Relations* oder “Internationale Beziehungen“ schon begrifflich weit gefasst und inhaltlich breit gefächert organisiert sind (angeboten u.a. in Berlin, Bremen, Dresden, Potsdam). Weniger auf fachspezifische Schwerpunkte als vielmehr noch intensiver auf eine interdisziplinäre Ausbildung abzielend versuchen diese Studienfächer, befriedigende Antwortmöglichkeiten auf die komplexen Fragen einer immer komplexer werdenden Umwelt zu geben bzw. die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln, um dieser Komplexität interdisziplinär analytisch begegnen zu können.

Folgt man der Annahme, dass das (Studien)Angebot zunehmend der (Arbeitsmarkt)Nachfrage folgt, dann scheint Interdisziplinarität an dieser Stelle eine erste konsensfähige Antwort zu geben auf die Frage nach dem Idealtypus eines Studiums, das auch auf das (diffuse) Berufsfeld der wissenschaftlichen Politikberatung vorbereiten soll. Der Bologna-Prozess birgt insofern tatsächlich auch Chancen in sich. Masterprogramme, die nicht nur zeitlich überschaubar sind, sondern in ihrem Curriculum der mehr oder weniger subjektiven Nachfragesituation aus der Berufswelt folgen, sind ein Weg, den deutsche Universitäten gehen können, um ein neues Selbstverständnis zu finden, sobald sowohl Dienstleistungs- als auch Bildungs- und Forschungsauftrag in Einklang gebracht werden müssen.

5. Anforderungsprofil Außenpolitikberatung

Der folgende Abschnitt bezieht sich in erster Linie auf eine im Sommer 2006 durchgeführte Umfrage unter in der Außenpolitikberatung tätigen Wissenschaftlern.⁸ Hierbei ging es darum zu eruieren, welche Kompetenzen die Politikberatungspraktiker als wichtig betrachten, um davon ausgehend das bisherige Studiengangsangebot zu untersuchen. Zunächst wurden die Politikberater gefragt, eine Vielzahl von möglichen Kompetenzen danach zu bewerten, wie wichtig sie für eine Tätigkeit in der Außenpolitikberatung sind (siehe Tabelle 1). Die drei am höchsten bewerteten Kompetenzen sind Urteilsfähigkeit, Fachwissen sowie die Fähigkeit, das Wesentliche knapp zusammenzufassen. 98% aller Befragten messen diesen Kompetenzen eine sehr wichtige oder wichtige Bedeutung bei. Es folgen Kenntnis hinsichtlich der Akteure und die politische Erfahrung. Diese hohe Einmütigkeit der Befragten lässt sich schließlich auch daran ablesen, dass die Werte „eher unwichtig“ und „unwichtig“ für die ersten vier Kompetenzen (sowie für Fremdsprachenkenntnisse) überhaupt nicht genannt wurden.

Tabelle 1 - Für die Außenpolitikberatung wichtige Kompetenzen⁹

Kompetenz	Ø	1-2
Urteilsfähigkeit (A)	1,28	98%
Fachwissen/Know-how zum zu beratenden Themengebiet (W)	1,34	98%
Fähigkeit, das Wesentliche knapp zusammenzufassen (A)	1,40	98%
Kenntnis hinsichtlich der relevanten Akteure (W)	1,54	92%
Erfahrung mit politischen Prozessen (W)	1,70	88%
Pflege bestehender bzw. Generierung neuer Kontakte (O)	1,74	84%
Fremdsprachenkenntnisse (K)	1,82	86%
Schnelles Filtern von Informationen (A)	1,84	82%
Kenntnis des Beratungsnehmers (O)	1,90	78%
Anpassung an die Sprache des Beratungskontexts (K)	2,02	72%
Allgemeine rhetorische Fähigkeiten (K)	2,18	68%
Effektive Recherchemethoden (A)	2,22	62%
Produktion kreativer, unkonventioneller Ideen (A)	2,44	50%
Orientierung am Beratungsnehmer (O)	2,48	52%
Beherrschen der Wissenschaftssprache (K)	3,37	22%

⁸ Insgesamt 51 MitarbeiterInnen folgender Institute haben an der Umfrage teilgenommen: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

⁹ Skala: 1 (sehr wichtig) bis 5 (unwichtig). In der letzten Tabellenspalte werden die kumulativen Prozentzahlen angegeben für die Antworten 1 (sehr wichtig) und 2 (wichtig). Die Buchstaben in Klammern zeigen die Zuteilung zur Kompetenzgruppe an (W: Sachverstand und Erfahrung, A: analytische Fähigkeiten, K: kommunikative Fähigkeiten, O: Orientierung am Beratungsnehmer).

Kommunikative Kompetenzen und Orientierung am Beratungsnehmer werden größtenteils auch als wichtig angesehen, allerdings im Vergleich zu anderen Fähigkeiten nachrangig und auf niedrigerem Niveau. Ausnahmen sind etwas überraschend Fremdsprachenkenntnisse sowie die Pflege bestehender bzw. die Generierung neuer Kontakte. Andere Kompetenzen wie allgemeine rhetorische Fähigkeiten oder die Orientierung am Beratungsnehmer werden als weitaus unwichtiger eingeschätzt. Vollkommen vernachlässigbar ist nach Ansicht der Befragten die Beherrschung der Wissenschaftssprache. Die hohe Bedeutung, die Kompetenzen im Bereich Sachverstand und Erfahrung beigemessen wird, schlägt sich auch in der Gewichtung der einzelnen Kompetenzgruppen nieder, wenn hier auch weniger offensichtlich (Tabelle 2). Hier werden Sachverstand und Erfahrung mit 33% leicht stärker gewichtet als analytische Fähigkeiten (28%). Unter dem Normalverteilungsanteil von 25% werden kommunikative Fähigkeiten (22%) sowie Orientierung am Beratungsnehmer (17%) angeführt.

Tabelle 2 - Gewichtung der Kompetenzfelder

Kompetenzfeld	%
Sachverstand und Erfahrung	33,10
Analytische Fähigkeiten	28,45
Kommunikative Fähigkeiten	21,90
Kenntnis und Orientierung am Beratungsnehmer	16,55

Befragt nach der Wichtigkeit einzelner Studienfächer zeigen sich, erwartungsgemäß, eine relativ starke Wertschätzung der Politikwissenschaft, gefolgt von Wirtschaftswissenschaften (2,35), Rechtswissenschaften (2,94) und Geschichtswissenschaften (3,16). Unter ‚sonstige‘ wurden die Regionalwissenschaften vergleichsweise häufig genannt. Gleichzeitig fällt allerdings die starke Dominanz ausgebildeter Politikwissenschaftler unter den Befragten auf (67%), so dass die Aussagekraft dieser Einschätzung zu hinterfragen ist, da Politikwissenschaftler ihr eigenes Fach vermutlich eher höher einstufen, als andere Fächer. Eine signifikante statistische Korrelation zwischen beiden Variablen bestätigt diesen Eindruck.

Tabelle 3 - Wichtigkeit klassischer Studienfächer für Außenpolitikberatung¹⁰

¹⁰ Skala: 1 (sehr wichtig) bis 5 (unwichtig).

Fach	Ø	1-2
Politikwissenschaft	1,69	86%
Wirtschaftswissenschaft	2,35	63%
Rechtswissenschaft	2,94	33%
Geschichtswissenschaft	3,16	31%

Befragt danach, ob ein Universitätsstudium überhaupt auf eine Tätigkeit in der Außenpolitikberatung vorbereiten kann, oder ob die für eine solche Tätigkeit erforderlichen Kompetenzen nicht eher als *learning by doing* erworben werden, zeigen die Befragten eine mehr oder weniger ausgeglichene Beurteilung, welche das Lernen als *learning by doing* jedoch tendenziell stärker gewichtet (Tabelle 4). Dies zeigt sich auch daran, dass knapp mehr als die Hälfte aller Befragten (52%) der akademischen Ausbildung eine Gewichtung von 40% oder weniger beimessen. In der offenen Kategorie wurde von vielen hervorgehoben, dass im Studium vor allem Grund-, Fach- oder Faktenwissen vermittelt werden sollte und dass alles weitere zumeist in der Praxis zu erlernen sei.

Tabelle 4 - Gewichtung von Studienkenntnis und learning by doing

Verhältnis Ausbildung im Studium vs. learningbydoing	Ø
Studium	47%
Learningbydoing	53%

Da die befragten Politikberater dem Studium dennoch eine wichtige Funktion zurechnen, sind die von den Politikberatern hervorgehobenen Merkmale eines Studiums, welches eben auch auf Außenpolitikberatung vorbereiten soll, interessant. Hier rangieren Interdisziplinarität sowie spezifische Regional- und Politikfeldkenntnisse als wichtigste Merkmale eines solchen Studiums vor Allgemeinbildung und Spezialwissen. Nach spezifischen und konkreten Wünschen an ein solches Studium befragt, wünschten sich eine Vielzahl vor allem mehr Praxisbezug in Form von in das Studium integrierten Praktika (oder gar ganzer Praxissemester), verpflichtenden Auslandsaufenthalten, Einbindung von Akteuren aus der politischen Praxis (z.B. durch Gastvorträge oder Gastdozenten), Erstellung von *policy papers*, sowie Plan- und Rollenspiele. Einige Befragte wiesen jedoch auch darauf hin, dass kein Studium allein auf eine Tätigkeit in der Außenpolitik vorbereiten kann bzw. sollte. Demnach sollte die Hauptaufgabe eines Studiums die Ausbildung von Studierenden mit Fachwissen und

Methodenkenntnissen sowie die Vermittlung analytischer und kommunikativer Fähigkeiten (als so genannte *transferable skills*) sein. Dabei herrscht bei Politikberatern die Überzeugung vor, dass die bisher in der Bundesrepublik existierenden Studienangebote die erstgenannte Kompetenz (Fachwissen) bereits mehr oder weniger erfolgreich vermittelten. Ein Befragter drückte dies wie folgt aus: „Theoriegeleitete Praxisorientierung, stets am Fallbeispiel und handlungsorientiert analysieren, aber auf der Grundlage von gut etablierten Theorien, keine substanzlose Gedankenspielerlei.“ Die befragten Politikberater waren der Ansicht, dass die existierenden Studiengänge durchaus auch analytische und kommunikative Fähigkeiten trainieren, wenn auch weniger erfolgreich. Dies lässt sich auch daran erkennen, dass die Befragten hier Wünsche und Anregungen für entsprechende Studiengänge äußerten, wie zum Beispiel die Anfertigung von *policy papers*, Rhetorikkurse, Schreibwerkstätten sowie die Fremdsprachenausbildung.

Tabelle 5 - Merkmale eines für die Außenpolitikberatung qualifizierenden Studiums

Wichtige Merkmale eines Studiums	Ø	1-2
Interdisziplinarität	1,91	81%
Spezifische Regionalkenntnisse	1,96	71%
Spezifische Politikfeldkenntnisse	2,04	76%
Allgemeine Ausbildung	2,09	72%
Spezialwissen	2,43	51%

Interessant ist (schließlich) auch, inwieweit die Politikberater ihr eigenes Studium als eine Voraussetzung bzw. Vorbereitung für ihre eigene Tätigkeit in der Außenpolitikberatung sehen und welche Kompetenzen sie sich während ihres Studium insbesondere angeeignet haben. Am häufigsten genannt wurden: Analysekompetenzen (28 Nennungen) sowie Fach- oder Grundlagenwissen (26 Nennungen). Unter Analysekompetenzen zählen solche Angaben wie analytisches Denken, selbständiges Arbeiten, kritisches Denken. Demgegenüber waren kommunikative Kompetenzen (7 Nennungen), Methodenkenntnisse (4) sowie Praktika (4 Nennungen) bedeutend unwichtiger. Acht Berater gaben jedoch an, dass ihr Studium sie gar nicht oder aber nur unzureichend auf ihre Tätigkeit vorbereitet habe. Diese Aussagen über die Relevanz der eigenen Ausbildung reflektiert ansatzweise die Gewichtung der Kompetenzfelder (Tabellen 1 und 2), auch wenn der vergleichsweise größere Abstand zwischen Fachwissen und Analysekompetenzen einerseits und kommunikativen Kompetenzen andererseits auffällig ist.

Tabelle 6 – Studienfächer der Befragten (Mehrfachnennungen möglich)

Fach	%
Politikwissenschaft	67%
Wirtschaftswissenschaft	30%
Rechtswissenschaft	9%
Geschichtswissenschaft	9%
Regionalwissenschaften	9%
Sonstige	17%

6. Akademische Ausbildung als Weg zur Außenpolitikberatung? Universitäre Perspektiven

Welches (Aufbau)Studium bereitet seine Absolventen auf die Anforderungen von Instituten, Think Tanks und anderen Politik beratenden Arbeitgebern am ehesten vor? Diese Frage einer gezielten Studienwahl richtet den Blick auf ein überaus heterogenes, sich stetig ausdifferenzierendes Ausbildungsangebot. Beschränkt allein auf die Offerten der Masterprogramme an bundesdeutschen Universitäten hat der Student – je nach Schwerpunktsetzung seiner Interessen und Zielvorgaben – die sprichwörtliche Qual der Wahl.¹¹ Dem Befund folgend, „[...] dass es sicher nicht den Königsweg der Ausbildung zum Politikberater geben kann [...]“ (Schattenberg und Steuber 2006, 547), verbindet sich so die Suche nach dem geeigneten Studienplatz mit einer heiklen Orientierungsleistung, die sich weit über den bloßen Vergleich von Ausbildungsinhalten und Anforderungen erstreckt. Neben den zu erfüllenden Zugangsvoraussetzungen und der individuellen Erwartungshaltung in Bezug auf die zu erwerbenden Schlüsselqualifikationen (Fähigkeiten, Fertigkeiten, Kenntnisse) sind Praxisrelevanz und -orientierung der Ausbildung, Internationalität des Studiums aber auch der Studienstandort und nicht zuletzt die Frage der Studienkosten maßgebend für die individuelle Entscheidung für oder gegen einen anvisierten Bildungsweg.

Außerhalb der eher spezifischen Vorlieben und Präferenzen jedes einzelnen Studienanwärters, befragte unsere Untersuchung die universitären Studiengangs- bzw. Ausbildungsanbieter zunächst nach ihrer jeweiligen, subjektiven Gewichtung im Rahmen der angebotenen Kompetenzvermittlung. Grundlegend gingen wir damit folgenden Fragen nach:

¹¹ Die Auswahl-situation beruht hierbei auf den Ergebnissen des Online-Suchdienstes „Hochschulkompass“ der u.a. von der Hochschulrektorenkonferenz zur Verfügung gestellt wird. Vgl. http://www.hochschulkompass.de/kompass/xml/index_stud.htm (29.11.2006)

Wie wird das Verhältnis der Vermittlung von *soft skills* und *hard skills* gewichtet? Oder mit anderen Worten: Welchen Stellenwert in der Vermittlungsabsicht nehmen Sachverstand, (Praxis)Erfahrung und analytische Fähigkeiten (*hard skills*) sowie Sozialkompetenz und kommunikative Fähigkeiten (*soft skills*) im Rahmen der untersuchten Studiengänge ein? Ein Ziel der Erhebung jener subjektiven Einschätzungen ist ein Ver- bzw. Abgleich von Ansprüchen und Ausrichtungen der Kompetenzvermittlung seitens der Ausbilder¹² mit den Kompetenzvermittlungserwartungen der Politikberater.

Wir folgen dabei der begründeten Annahme¹³, dass vor allem die Kenntnisse und Kompetenzen der Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Geschichtswissenschaft für die (Außen)Politikberatung vorteilig sind.¹⁴ In unterschiedlicher Gewichtung und Kombination finden sich diese Fachrichtungen in den von uns untersuchten Masterprogrammen wieder.¹⁵

Dem aus unserer Erhebung entnommenen Selbstverständnis der universitären Ausbilder folgend, legen alle untersuchten Masterprogramme besonderen Wert auf die Vermittlung eines breiten Fachwissens. Spezifische Kenntnisse mit Blick etwa auf Politik- und Problemfelder oder auch Regionen bewerten die untersuchten Studiengänge eher als nachrangig bis unwichtig. Ebenfalls der Vermittlung von breitem Fachwissen nachgeordnet, wird die Förderung des politischen Erfahrungshaushalts – augenscheinlich eine der wichtigsten Kompetenzanforderungen an Politikberater – von Seiten der Ausbilder überraschend und dem ungeachtet teils sogar als „eher unwichtig“ eingeschätzt. Dagegen beurteilen ausnahmslos alle Befragten den Bereich der erlernbaren *soft skills*¹⁶ als gewichtigen Bestandteil ihres Ausbildungsangebotes. An dieser Stelle wird auffällig, dass auch im Bereich der *soft skills* eher die Breite der Kompetenzvermittlung attraktiv erscheint als die am Detail orientierte Vermittlung. Dieses Muster der Kompetenzvermittlung – eher breiter Fokus als

¹² Die Universitäten verstehen wir an dieser Stelle der Untersuchung idealtypisch als Ausbilder, da sie die Anbieter von Studiengängen bzw. Masterprogrammen sind, die bestimmte Kompetenzen vermitteln wollen. Dies erscheint uns auch als eine Art der (un)spezifischen Berufsqualifikation deutbar, obgleich eine solche nicht explizit vorgesehen sein muss.

¹³ Die zeitlich vorgelagerte Befragung von PolitikberaterInnen bestätigt unsere Wahl der Fächer. Vgl. Abschnitt 5.

¹⁴ Dieser fachlichen Schwerpunktsetzung folgen auch Schattenberg und Steuber (2006) - wenngleich durch die Auslassung der Geschichtswissenschaft eingeschränkt. Vgl. ebd. 550ff.

¹⁵ Aus Gründen der zugesicherten Anonymisierung der Daten, verzichten die Verfasser an dieser Stelle auf eine namentliche Nennung der Universitäten und der untersuchten Studiengänge. Unser Vorhaben soll darüber hinaus weder den Charakter eines Studienführers annehmen noch detaillierten Bezug auf einzelne Masterprogramme nehmen.

¹⁶ Unter (erlernbaren) „soft skills“ verstehen wir in unserer Untersuchung die Fähigkeit, das Wesentliche kurz und knapp zusammenzufassen und zu kommunizieren, allgemeine rhetorische Fähigkeiten, das Beherrschen von Fach- und Fremdsprachen und soziale Kompetenz. „Hard skills“ wären nach unserem Verständnis Sachverstand und analytische Fähigkeiten im engeren, akademischen Sinne.

tiefer Einblick – erscheint als ein Ergebnis unserer Untersuchung als ein weithin beobachtbarer Trend.

Im Bereich der *hard skills*, speziell in dem Feld der von uns erfragten analytischen Fähigkeiten ist es die Urteilsfähigkeit, die am höchsten rangiert, gefolgt von der Recherchefähigkeit. Weniger wichtig wird die Fähigkeit zur Produktion kreativer und unkonventioneller Ideen bewertet. Offensichtlich bleiben die untersuchten Studienangebote dem traditionellen Wissenschafts- und Lehrbetrieb, also dem akademischen Kernbereich der *hard skills* recht eng verbunden. Die Absolventen sollen vorderhand dazu befähigt werden, auf Grund einer nachvollziehbaren und differenzierten Informationsbasis – nach wissenschaftlichen Maßstäben – zu gesicherten Ergebnissen zu kommen.

Ebenfalls überwiegend herkömmlich sind die didaktischen Mittel, die zur Kompetenzvermittlung im Bereich der analytischen Fähigkeiten zur Anwendung kommen. Studien- bzw. Hausarbeiten, Referate und Seminardiskussionen stellen nach wie vor den Kern des „Fähigkeitsstudiums“ dar. Lediglich vereinzelt werden extra Methoden-Seminare angeboten, um gezielter einzelne Fähigkeiten zu generieren und zu trainieren.

Für alle untersuchten Studiengänge gelten nach wie vor die Vorlesung als dominante Lehrveranstaltung zur Vermittlung von Fachwissen. In Seminaren werden verstärkt, über die Vermittlung von Fachwissen und analytischen Fähigkeiten hinaus, kommunikative Fähigkeiten (*soft skills*) gelehrt. Gruppenarbeit scheint hierzu das führende didaktische Konzept. Keinesfalls neu, jedoch in der Ausgestaltung zunehmend variabel, erscheint Gruppenarbeit auf Zeit- und Ressourcenmanagement im Team zweckdienlich. In Kombination mit dem Gebrauch von Fremdsprachen sollen Verhandlungssituationen, interkulturelle und interdisziplinäre Kommunikationsprozesse simuliert werden. Hierbei sollen *soft* und *hard skills* in verknüpfter Form vermittelt werden. Vor allem die gemeinsame, einheitliche Bewertung aller Gruppenmitglieder beabsichtigt ein hohes Simulationspotential und Realitätsnähe zur späteren Arbeitswelt, in der regelmäßig das Ergebnis der Gruppe eine Bewertung durch den Arbeit- oder Auftraggeber findet, weniger die jeweilige Anteilleistung des Einzelnen.

Damit lehnen sich die Studienangebote, mehr oder weniger explizit, an die Bedingungen der Arbeitswelt an. Arbeitswelt definiert sich hierbei idealtypisch nach den mehr oder weniger bekannten Anforderungen potentieller Arbeitgeber. Mit dieser Definition ist offenkundig auch eine Bedingung für das Ausbildungsmuster – eher Breite denn Tiefe – gegeben: Das mögliche Arbeitgeberfeld wird von allen befragten Ausbildern als sehr weit reichend und unspezifisch beschrieben. Dem folgend können nahezu alle Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und

Gesellschaft und verstärkt auch in Internationalen Organisationen als mögliche Tätigkeitsfelder gelten. Auch um den Absolventen eine solch – positiv formuliert - opulente Perspektive offen zu halten, *muss* das Bildungsangebot dem Gebot der Breite eher folgen als dem Gebot des Spezifikums. Insbesondere das Berufsfeld der (Außen)Politikberatung schließt just dieses breite Spektrum an Tätigkeits- und Aufgabemöglichkeiten in sich ein. Dies bestätigt auch unsere diesbezügliche Erhebung. Folgerichtig erscheint eine breite fachliche wie analytische Kompetenzvermittlung an den Universitäten auch reibungslos verträglich mit der eher unspezifischen Erwartungshaltung der praktizierenden Politikberater.

Diese bisherigen Ergebnisse unserer Analyse geben Anlass dazu, die Ausbildungssituation in Form der untersuchten Masterprogramme als Weg zur Außenpolitikberatung optimistisch zu bewerten. Plakativ formuliert könnte man zu einem Zwischenfazit kommen: Unspezifisch trifft unspezifisch. Die Absicht der breiten akademischen Kompetenzvermittlung trifft gerade im Berufsfeld Politikberatung auf breite Verwendungsmöglichkeit und Kompetenznachfrage. Die Ausbilderseite – die Universitäten – bietet zumindest in Form der untersuchten Studiengänge neben ihrem klassischen Repertoire an *hard skills* zunehmend die Vermittlung von *soft skills* an. Die Lehrziele der Universitäten werden jedoch nach wie vor von der zentralen Vorstellung der Weitergabe von Fachwissen und analytischen Fähigkeiten dominiert.

Folgendes Bild ergibt sich hingegen bei der Bewertung der Kompetenzvermittlung mit Blick auf eine zu fördernde Praxis-Erfahrung: den Studienablaufplänen zufolge müsste die Wertschätzung seitens der Studienanbieter hoch ausfallen, da nahezu ausnahmslos alle untersuchten Masterprogramme obligatorische Praktika vorsehen. Allerdings ergibt sich in Folge unserer an die Studienanbieter gerichteten Fragebögen ein anderes Urteil. Die Relevanz des Studiums für den praktischen Erfahrungshorizont des Absolventen wird im Rahmen unserer Untersuchung zumindest als nachrangig eingeschätzt. Dieser Befund markiert unter Umständen weiteren Klärungsbedarf. Wird entweder die Leistungsfähigkeit von Pflichtpraktika tendenziell als gering bewertet, oder wird gegenwärtig nur das *bisherige* Gebot praxisnaher Lehre beurteilt?

Eine weiterführende Hypothese könnte auch auf die Fächergewichtung abzielen und Rückschlüsse zur geringeren Gewichtung der Praxis-Erfahrung einfordern: Unter den vier akademischen Fächern, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Rechtswissenschaft und Geschichtswissenschaft erscheint letztere als eher unbedeutend als Ergebnis unserer Untersuchung. Zu großen Teilen fließen politikwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Ausbildungsanteile in die Programme ein, die

Rechtswissenschaft flankiert das Angebot eher. Aus dieser Beobachtung heraus ließen sich weitergehende Fragen formulieren, die jedoch zusätzlicher, intensiver Forschung bedürfen. Inwiefern kann davon ausgegangen werden, dass die Fächer Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften hohen Praxisbezug allein in der Vermittlung von Fachwissen aufweisen? Inwiefern stellt sich das Gegenteil dar?

Auch wenn an dieser Stelle eine Reihe offener Fragen bleiben muss, kann festgehalten werden, dass das Angebot an Masterprogramme obgleich seiner Fülle und Differenzierung zumindest tendenziell Analogien aufweist: Die interdisziplinäre Anlage der Programme zielt auf die Zunahme des Fachwissens in der Breite ab. Kompetenzvermittlung in der Tiefe wird bewusst weniger gefördert. An die Stelle der Vermittlung von Spezialwissen tritt zunehmend die konzentriertere Vermittlung von *soft skills*.

Beide Tendenzen zeigen sich als Ergebnisse einer Studiengangentwicklung, die sich zunehmend an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientiert und damit den Charakter der (Aus)Bildung mehr betont als den der Forschung und Forscherreproduktion. Insofern bestätigt dieser Teil der Untersuchung die gleich gelagerte, kritische Perspektive auf den Bologna-Prozess und seine Folgen für das Selbstverständnis der Universitäten weniger als *Forschungs-* und zunehmend mehr als *Ausbildungsbetriebe*.

Schlussbetrachtungen

Das zentrale Anliegen dieses Beitrags war, die bisher in der Bundesrepublik bestehenden weiterführenden Studienangebote im Bereich Internationale Beziehungen daraufhin zu untersuchen, inwieweit diese Masterprogramme auch auf eine Tätigkeit in der Außenpolitikberatung vorbereiten. Nach einer Charakterisierung der (wissenschaftlichen) Außenpolitikberatung in der BRD wurden drei gegenwärtig stattfindende Prozesse identifiziert, welche die Außenpolitikberatung verändern: erstens eine Diversifizierung der Politikberatung (welche u.a. auch Unternehmen umfasst); zweitens die Medialisierung und der steigende Bedarf von so genannten 'Experten' in der Öffentlichkeit. Beides deutet darauf hin, dass Politikberatung im Allgemeinen einen größeren Stellenwert einnimmt und somit (drittens) auch der Bedarf an entsprechend qualifizierten Absolventen zunehmen wird. Deshalb kommt der Frage nach den für eine solche Tätigkeit erforderlichen Kompetenzen ebenfalls eine größere Bedeutung zu. Gleichzeitig stehen die deutschen Hochschulen vor großen Herausforderungen im Zuge des Bolognaprozesses, die zugleich neue Chancen für neue Studienangebote eröffnen. Letzteres macht die Frage nach bestimmten Kenntnissen und Fertigkeiten, die für eine Tätigkeit in der Außenpolitikberatung relevant sind, interessant.

Vor diesem Hintergrund haben wir sowohl die gegenwärtige Nachfrage- als auch die Angebotsseite analysiert. In der Befragung von Außenpolitikberatern stellte sich heraus, dass insbesondere Sachverstand und Erfahrung sowie analytische Kompetenzen für die Außenpolitikberatung wichtig und relevant sind. Darüber hinaus stellte sich heraus, dass die Mehrheit der Berater sowohl die Ausbildung im Studium als auch das *training on the job* als etwa gleichwertig ansieht. Dies ist auch insofern relevant, weil es verdeutlicht, dass ein Studium durchaus auf eine entsprechende Tätigkeit vorbereiten kann, wenn auch in nur eingeschränktem Maße. Die Berater wünschten sich schließlich einen stärkeren Praxisbezug im Studium in Form von integrierten (und verpflichtenden) Praktika und Auslandsaufenthalten, die Einbeziehung von Akteuren aus der politischen Praxis sowie innovativere Lernformen (wie Planspiele und *policy papers*).

Unser Abgleich mit den bisherigen Studienangeboten hinterlässt im Vergleich dazu ein eher ambivalentes Bild. Die traditionelle Aufgabe eines universitären Studiums, nämlich die Vermittlung von umfassendem und breit gestreutem Fachwissen, erfüllen die untersuchten Studiengänge zweifelsohne. Die derzeit allgegenwärtige Betonung von Schlüsselkompetenzen hat offenbar dazu geführt, dass die meisten Studiengänge vereinzelt Kurse anbieten, die explizit auf die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen abgestellt sind. Damit sind die meisten Studiengänge zwar einerseits bemüht, neue und innovative Studienangebote zu kreieren und den Anforderungen des Bolognaprozesses gerecht zu werden und werben damit, dass sie eben jene *soft skills* vermitteln. Allerdings stellt sich die Frage, wie diese Schlüsselkompetenzen mittels eher traditioneller Lernformen wie Vorlesungen, Referate und Hausarbeiten oder in von den eigentlichen Lehrinhalten vollständig abgekoppelten *soft skill* Kursen angemessen vermittelt werden sollen. Innovativere Lernformen, die zum Teil auch von den Politikberatern nachgefragt wurden, wie Planspiele und das Schreiben von *policy papers*, scheinen eher selten Eingang in die Curricula gefunden zu haben. Unsere Untersuchung scheint daher auch dafür zu sprechen, dass *hard* und *soft skills* nicht notwendigerweise getrennt voneinander vermittelt werden können und sollten. Den lauten Ruf nach mehr Praxisbezug (von Seiten der Berater) scheinen die Universitäten erkannt zu haben und versuchen diesem mit Hilfe von zumeist Pflichtpraktika, teilweise auch Exkursionen und Auslandsaufenthalten gerecht zu werden. Allerdings scheinen solche Studienelemente bisher eher halbherzig in die neuen Studiengänge integriert worden zu sein.

Dies reflektiert in gewisser Weise die allgemeine Kritik daran, wie die gestuften Studiengänge an den Universitäten umgesetzt wurden, nämlich dass alte Lern- und Lehrformen schlicht umbenannt wurden, sich an den Formen selbst aber wenig geändert hat

(„Etikettenschwindel“). Andererseits, und dies haben manche Politikberater erwähnt, kann es kein maßgeschneidertes Studium geben, welches allein auf Außenpolitikberatung ausbildet, auch weil bestimmte Kompetenzen erst im Beruf erlernt werden können. Darüber hinaus hängt die Gestaltung eines Studiums auch vom einzelnen Studierenden ab, davon, welche Schwerpunkte gewählt und wo Praktika absolviert werden, davon, welche weiteren Kompetenzen die Studierenden durch Nebenjobs und bzw. oder ehrenamtliches Engagement erwerben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Konstrukteure der untersuchten Studiengänge die Veränderungen in der Hochschulbildung erkannt zu haben scheinen und versuchen, passende Studiengänge zu entwickeln. Demgegenüber scheint es jedoch eine gewisse Kluft zwischen Anspruch und Umsetzung zu geben: zwar will man einerseits auf die neuen Gegebenheiten eingehen, andererseits versucht man dies zum großen Teil mit herkömmlichen Vorstellungen und Methoden universitärer Bildung. Insofern besteht noch erhebliches Potential für eine umfassendere Reform, d.h. genauer gesagt eine grundlegendere Neugestaltung der Studienangebote. Die Folgen des Bolognaprozesses als auch die Nachfragesituation im Bereich der Politikberatung sollten hierfür jedoch eher *förderlich* als hinderlich zu sein.

Anhang:

Think Tanks, deren MitarbeiterInnen befragt wurden (vgl. Umfrage unter 5.)

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)

Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

untersuchte Master- und Aufbau-Studiengänge (Abschnitt 6)

Freie Universität Berlin, Humboldt-Universität Berlin, Universität Potsdam

M.A. Internationale Beziehungen

Freie Universität Berlin

Master Osteuropastudien
Master Europawissenschaften
Master Transatlantic Studies

Ruhr-Universität Bochum

Master Development Management

International University Bremen, Universität Bremen

Master International Relations. Global Governance and Social Theory

Universität Bremen

Master Development Policy

Technische Universität Chemnitz

Master Europäische Integration – Schwerpunkt

	Ostmitteleuropa
Technische Universität Darmstadt	Master in Politikwissenschaft
Technische Universität Dresden	Master in Internationale Beziehungen
Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt	Master Internationale Beziehungen
Universität Erlangen-Nürnberg	Master in International Business
Europäische Universität Viadrina Frankfurt/Oder	Master in European Studies
Universität Freiburg	Master in Social Sciences (Global Politics)
Fachhochschule Fulda	Master in Intercultural Communication and European Studies
Universität Göttingen	Master in International Economics
Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik	Master für Europastudien
Universität Hannover	Master in European Studies
Universität Kassel	Master in Global Political Economy
Universität Konstanz	Master in International Economic Relations/ Internationale Wirtschaftsbeziehungen Master of Public Policy and Management
Universität Leipzig	Master in Global Studies
Universität Magdeburg	Master Friedens- und Konfliktforschung Master in European Studies
Universität Marburg	Master in Konflikt- und Friedensforschung
Universität Münster	Master in European Studies
Universität Osnabrück	Master in Europäische Integration und Transformation nationaler politischer Systeme
Universität Passau	Master in European Studies
Universität Regensburg	Interkulturelle Europastudien Ost-West-Studien
Universität Tübingen	Master of European Studies Master in Friedensforschung und Internationale Politik

Literatur

Böckenförde, Stephan und Arne Niemann, 2005: Einleitung: Wissenschaftliche (Außen-)Politikberatung in Deutschland, in: Arne Niemann (Hg.), Herausforderungen an die deutsche und europäische Außenpolitik: Analysen und Politikempfehlungen, Dresden: TUDpress, 9-26.

Böhret, Carl, 1997: Reformen im Staat mittels Politikberatung, in A. Blöcker u.a. (Hg.): Die Reformfähigkeit von Staat und Gesellschaft, Frankfurt, 81-96.

Habermas, Jürgen, 1963: Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, Heidelberg.

Kerst, Christian, Christoph Heine und Andrä Wolter, 2005: Implementation der neuen Studiengänge – Stand und Auswirkungen auf Studierbereitschaft und Studierchancen, in: Frauke Gützkow und Gunter Quaißer (Hg.): Jahrbuch Hochschule gestalten 2005. Denkanstöße zum Bologna-Prozess. Bielefeld, 25-47.

Lompe, Klaus, 2006: Traditionelle Modelle der Politikberatung, in: Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 25-34.

Lompe, Klaus, 1966/1972: Wissenschaftliche Beratung in der Politik. Ein Beitrag zur Theorie anwendender Sozialwissenschaften, Göttingen: Schwartz.

Mayntz, Renate, 1994: Politikberatung und politische Entscheidungsstrukturen: Zu den Voraussetzungen des Politikberatungsmodells, in: Axel Murswieck (Hg.): Regieren und Politikberatung, Opladen.

Neumann, Lothar F., 2002: Wissenschaftliche Beratung der Politik – eine Retrospektive, in: Uwe Jens und Hajo Romahn (Hg.): Der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik, 133–141.

Schattenberg, Marc und Stefanie Steuber, 2006, Aus- und Fortbildung für Politikberater, in: Svenja Falk, Dieter Rehfeld, Andrea Römmele und Martin Thunert (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 546-559.

Segbers, Klaus, 2006: Politikberatung. Deutsche Außenpolitik, in: Falk, Svenja, Rehfeld, Dieter, Römmele, Andrea und Martin Thunert (Hg.): Handbuch Politikberatung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 523-535.

Weingart, Peter, 2001: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weierswist: Velbrück.

Internetquellen:

Klewes, Joachim: Akademische Weihen für Politikberater. (http://www.busch-janser.de/pab_Akademische_Weihen.pdf; 21.12.2006).

http://www.hochschulkompass.de/kompass/xml/index_stud.htm (29.11.2006)